

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Vor einem neuen Steuerbetrug der Bundesregierung warnt der Stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine.

Seite 1

Verfassungswidrige Schleichwerbung der Bundesregierung in Rundfunk und Fernsehen prangert Hans Wallow MdB an.

Seite 2

Zur Unterstützung der Demokratisierung in Kambodscha ruft Dieter Schanz MdB auf.

Seite 3

An das Schicksal der von den Nazis verfolgten und ermordeten Sozialdemokraten erinnert Helz Putzath.

Seite 4

Die Einigung über die Forschungsausgaben der Europäischen Union begrüßt der forschungspolitische Sprecher der SPE im Europäischen Parlament Roß Linkohr MdEP.

Seite 7

49. Jahrgang / 57

23. März 1994

Kohls neue Steuerlüge

Kritik der Bundesregierung am SPD-Regierungsprogramm ist ein dreistes Ablenkungsmanöver

Von Oskar Lafontaine

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ministerpräsident des Saarlandes

1. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, endlich ihre wahren Steuerpläne offenzulegen und sich nicht erneut einer großen Steuerlüge schuldig zu machen. Die Bundesregierung muß endlich ihre Absicht zur Steuerfreistellung des Existenzminimums, zum Familienlastenausgleich und zur Besteuerung von Grund und Boden offenzulegen. Die Bundesregierung muß auch endlich erklären, welche Steuererhöhungen sie für die Autofahrer plant, um die Haushaltslöcher im Verkehrsbereich zu schließen. Sie muß sagen, ob und wann die von Bundesfinanzminister Waigel angekündigte Mineralölsteuererhöhung kommt. Die faulen Dementis des Bundeskanzlers sind nicht überzeugend.

2. Geradezu kläglich ist der Versuch der Bundesregierung, durch eine falsche Darstellung des SPD-Regierungsprogramms von ihrem neuen Betrugsversuch abzulenken. Mit falschen Zahlen versucht sie zu verdecken, daß sie die Steuer- und Abgabenbelastung sowie die Staatsverschuldung auf neue Rekordhöhen gebracht hat. Dabei sind die Normalverdiener und die Empfänger von Sozialleistungen von der Bundesregierung auf eine bisher nicht gekannte Art und Weise belastet worden. Die soziale Gerechtigkeit gebietet es, diese Politik zu korrigieren. Das gilt auch für den von der Bundesregierung durchgedrückten Solidaritätszuschlag, der ab Januar 1995 alle Steuerzahler belasten wird.

- Es ist zum Beispiel offensichtlich falsch, für das von der SPD für zwei Jahre vorgesehene Zinszuschußprogramm für den sozialen Wohnungsbau Kosten von zehn Milliarden DM pro Jahr anzusetzen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 92,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendet Zeitung
mit verschulter Recycling-Papier



- Im Gegensatz zur Behauptung der Bundesregierung ist auch die Reform des Familiensteuerausgleichs mit einem Kindergeld von 250 DM voll gegenfinanziert: Bereits in der Bundestags-Drucksache 12/4128 vom 15. Januar 1993 hat die SPD in einem Antrag vorgerechnet, daß sie diese Reform mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden DM durch Ersatz der Kinderfreibeträge (17 Milliarden DM), das heutige Kindergeld und die Kindergeldzuschläge (22 Milliarden DM) sowie die Begrenzung des Splittingsvorteils (elf Milliarden DM) aufkommensneutral durchführen wird. Durch den von der SPD vorgesehenen Abzug des Kindergeldes von der Steuerschuld (Finanzamtslösung) wird die Staatsquote auch nicht erhöht, wie die Bundesregierung behauptet, sondern gesenkt.
 - Die Bundesregierung ignoriert zum Beispiel auch völlig, daß die strukturelle Fehlentwicklung bei der Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik über die Arbeitslosenversicherung nach dem SPD-Regierungsprogramm "schrittweise" korrigiert werden soll.
3. Die SPD hält an den drei finanzpolitischen Eckwerten ihres Regierungsprogramms fest:
- Keine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote.
 - Schrittweiser Abbau der Neuverschuldung.
 - Strikter Finanzierungsvorbehalt für alle Maßnahmen des Regierungsprogramms.

(-/23. März 1994/hgs/ks)

Unzulässiges Staatssponsoring

Schleichwerbung der Bundesregierung in den elektronischen Medien sofort einstellen

Von Hans Wallow MdB

Die Bundesregierung bedient sich seit Jahren mit Steuergeldern finanzierter verdeckter Informationsmittel im Bereich der elektronischen Medien, um ihre Leistungen ins rechte Licht zu rücken und die Auffassung der Opposition zu bekämpfen. Dabei werden nicht nur in der Vorwahlzeit mehrere Verfassungsgrundsätze massiv verletzt oder umgangen. So zum Beispiel die Feststellung des Bundesverfassungsgerichtes im "Spiegel"-Urteil, daß die der Presse zufallende "öffentliche Aufgabe" grundsätzlich nicht vom Staat erfüllt werden kann oder das vom Bundesverfassungsgericht zur Öffentlichkeitsarbeit erlassene Verbot für Staatsorgane, sich "parteilergreifend" in Wahlkämpfe einzumischen.

1. Neben den klassischen Printmedien, Hintergrunddiensten wie die "Medien-Kritik" oder die "Privat-Depesche", nutzt die Bundesregierung zunehmend die elektronischen neuen Medien, um sich direkt an die Bevölkerung zu wenden. Sie läßt im Rahmen ihrer finanzierten Öffentlichkeitsarbeit von privaten Agenturen auf vertraglicher Basis gegen Entgelt Rundfunk- und Fernsehsendungen produzieren und vertreiben. Dieses Material, darunter fünf BPA-Rundfunksendungen täglich (davon ein Kommentar), wird regelmäßig von den Agenturen kostenlos privaten und öffentlich-rechtlichen Anstalten zur Ausstrahlung angeboten. Zwischen diesen vertraglich mit dem BPA verbundenen Agenturen und Rundfunkveranstaltern (wie dem MDR) bestehen ebenfalls Vertragsvereinbarungen. Im Jahre 1993 wurden mit 1.545.000 Mark 2.860 Sendeminuten finanziert, 1992 wurden dafür 1,1 Millionen Mark aufgewandt.
2. Es ist nicht falsch, wenn die Bundesregierung behauptet, die Rundfunkveranstalter könnten die mit Steuergeldern gesponserten Beiträge ablehnen oder verändern. Aber wer will es den

finanzschwachen regionalen Programmveranstaltern übernehmen, wenn sie eine Chance sehen, erhebliche Mittel einzusparen und anstelle selbst erarbeiteter Beiträge die kostengünstigen, fertigen "Kohlkassetten" verwenden? Von diesen Kassetten stellen vor allem diffamierende Beiträge über die SPD wie zum Beispiel deren Haltung zum Somalia-Einsatz oder den Parteitag in Wiesbaden, einen Verstoß gegen das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 2. März 1977 dar, wonach die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung "willkürliche, ungerechtfertigt herabsetzende und polemische Äußerungen über andere Parteien vermeiden" soll.

3. Die Bereitstellung dieser PR-Sendungen für den redaktionellen Teil der Programme ist somit ein unzulässiges Staatssponsoring. Der Rundfunkstaatsvertrag von 1991 ist in dieser Hinsicht eindeutig. Nach Paragraph 8 Absatz 7 ist Werbung politischer Art unzulässig. Sinn und Zweck des in Paragraph 7 Absatz 6 des Rundfunkstaatsvertrages enthaltenen Verbots des Sponsoring von Nachrichtensendungen und Sendungen zum politischen Zeitgeschehen ist es, daß die Authentizität dieser in der Öffentlichkeit mit hoher Glaubwürdigkeit angesehenen Sendungen gewährleistet wird und sie nicht als Mittel zur Manipulation der öffentlichen Meinung mißbraucht werden.
4. Unter diesem Aspekt ist hier nicht nur die Bundesregierung zu kritisieren. Auch öffentlich-rechtliche und private Rundfunkveranstalter verstoßen gegen Programm- und Rundfunkrecht und nehmen in Kauf, daß journalistische Handwerksregeln verletzt werden. Die Aufsichtsgremien und Landesmedienanstalten sind aufgefordert, diese gesetzeswidrige Praxis der Schleichwerbung zu untersuchen, gegebenenfalls Bußgelder zu verhängen und bei wiederholten Verstößen dem Veranstalter die Rundfunkerlaubnis zu entziehen.

(-/23. März 1994/hgs/fr)

Demokratisierung in Kambodscha unterstützen

Zur Offensive der kambodschanischen Regierungstruppen gegen die Roten Khmer

Von Dieter Schanz MdB

Der sich offenbar abzeichnende Erfolg der Offensive der kambodschanischen Regierungstruppen gegen die Stellungen der Khmer Rouge in Pailin und der Provinz Battambang ist als ein Beweis der Handlungsfähigkeit der aus den ersten freien Wahlen 1993 hervorgegangenen Regierung zu betrachten.

Wenn auch eine friedliche Lösung des Problems generell besser gewesen wäre, so war es aber ebenso nicht länger hinzunehmen, daß die Rebellen der Khmer Rouge - die durchaus als Synonym für das Terrorregime von Pol Pot 1975/79 gelten können - den unter größten Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft und dem festen Willen der Bevölkerung (hohe Wahlbeteiligung) und dem großen Kompromißwillen der politisch Verantwortlichen in der Koalitionsregierung (Angebot der Regierungsbeteiligung für die Khmer Rouge im Falle eines Waffenstillstandes) Kambodschas eingeleiteten Demokratisierungsprozeß ständig boykottieren.

Dieses militärische Vorgehen ist in diesem Begründungszusammenhang zu rechtfertigen, allerdings nur als eine Ausnahme-Reaktion auf den organisierten Terror der Roten Khmer. Ich werde dies so auch unmißverständlich beim Empfang einer offiziellen Delegation von kambodschanischen Politikern bei der SPD im nächsten Monat deutlich zu machen wissen.

International gilt es, den Prozeß der Demokratisierung in Kambodscha durch flankierende Maßnahmen insbesondere wirtschaftlicher Art zu unterstützen. Ich fordere deshalb erneut auch die Bundesregierung auf, in diese Richtung tätig zu werden und im Rahmen der Entwicklungspolitik die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kambodscha konkret und massiv auszugestalten.

Insgesamt würde sich eine derartige Politik gut in das vom Bundestag verabschiedete Konzept zur Asienpolitik einfügen beziehungsweise den vielzitierten Text endlich mit Leben füllen.

(-/23. März 1994/hgs/fr)

Die Steine zum Reden bringen

Die Erinnerung an das Schicksal der von den Nazis Verfolgten und Ermordeten muß wach gehalten werden

Von Heinz Putzrath

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Rede anläßlich der Einweihung der Gedenktafel für die vom Nazi-Regime verfolgten und ermordeten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn am 23. März 1994.

Der Anlaß unseres Zusammenseins dient dem Gedenken und der Erinnerung. Sie ist schmerzlich genug. Wir als Betroffene bemühen uns daher, das Erlebte möglichst unpathetisch darzustellen.

Häßer kam nicht auf leisen Sohlen. Die Macht hat er auch nicht ergriffen, sondern sie wurde ihm praktisch angedient. Mit der Regierungsbildung wurde er beauftragt vom früheren Generalfeldmarschall von Hindenburg in der nach dem Tode Friedrich Eberts 1925 zum Reichspräsidenten gewählt wurde und noch einmal 1931 mit den Stimmen der Sozialdemokraten. Für viele war das bereits ein deutliches Signal für die Rechtsentwicklung der ersten deutschen Republik, deren demokratische Verfassung außer Zweifel stand doch deren Wurzel in der Bevölkerung äußerst schwach war. Neben dem Zentrum und der winzigen Staatspartei waren die deutschen Sozialdemokraten die einzigen Verteidiger der Republik. Doch ihr uneingeschränkter Wille, demokratische Spielregeln einzuhalten, hinderten sie daran, die Gefährdung der Republik mit anderen als parlamentarisch zulässigen Mitteln abzuwehren.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 waren nur die spektakulärsten Zeichen des Wechsels von der Demokratie zur Diktatur. Dieser Wechsel hatte schon lange vorher begonnen. Er hatte sich durch die terroristischen Anschläge auf Feinde der Nazis geäußert, besonders in den Arbeiterbezirken. Relativ unauffällig, aber erkennbar, wurden die wichtigsten Staatsorgane, insbesondere die Justiz und die Polizei sowie Teile der Beamtenschaft mit antirepublikanischen Kräften durchsetzt.

Soziale und wirtschaftliche Fragen spielten in den letzten Jahren der Weimarer Republik eine dominierende Rolle. Hitler versprach, sie zu lösen, wenn die innen- und außenpolitischen "Fesseln" beseitigt werden. Das hieß die Abschaffung demokratischer Freiheiten sowie das Verbot und die Unterdrückung der sogenannten "Systemparteien" und deren Anhänger. Zur Bekämpfung der Feinde im Inneren und im Ausland machten die Nazis Front gegen die in Versailles gezogenen Grenzen.

Auch wenn der Begriff Arbeiterbewegung heute nur noch eine historische Bedeutung hat, muß betont werden, daß es die Sozialisten und Kommunisten verschiedenster Richtungen waren,

die die Bereitschaft zeigten, Widerstand gegen die Nazis zu leisten. Die Kommunisten hatten sich in der Einschätzung des Nationalsozialismus genauso geirrt, wie die Sozialdemokraten und das Bürgertum. Die Kommunisten glaubten, daß die von ihnen als "revolutionär" betrachtete Arbeiterschaft sich gegen den Nationalsozialismus erheben werde. Die Weimarer Republik hatten sie stets als "bürgerliche" Demokratie diffamiert und eine proletarische Diktatur erstrebt. Die Sozialdemokraten waren für sie die Sozialfaschisten, die es als ihre Hauptfeinde zu bekämpfen galt. Wie sollte auf diese Weise eine Einheitsfront aller zur Abwehr der Nazis Entschlossenen entstehen? Da sie in den Jahren 1931/32 nicht zustande kam, blieben 1933 entsprechende Appelle zur Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus natürlich wirkungslos.

Aus ihrer Tradition, für Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen, ergab sich für die Sozialisten aller Schattierungen die Notwendigkeit des Widerstands. In der SPD bestand für einige Monate eine Gruppe im Parteivorstand, die glaubte, durch Anpassung und Wohnerhalten gegenüber den neuen Machthabern, der Partei einen politischen Freiraum verschaffen zu können. Der Versuch scheiterte kläglich, ebenso wie der einiger Gewerkschaftsführer, die noch am 1. Mai 1933 zur gemeinsamen Demonstration mit den Nazis aufriefen. Am Tag darauf wurden die Gewerkschaften verboten, ihr Eigentum beschlagnahmt, widerspenstige Gewerkschaftsführer verhaftet. Ebenso erging es dem Teil der SPD-Führung, die zum Kompromiß bereit war.

Gegenüber dieser kleinen Gruppe befanden sich fast alle jüngeren Sozialisten im Gegensatz. Sie waren es, die später die Hauptlast des Widerstandes trugen. Mitglieder der Falken, der SAJ, junge Funktionäre und Mandatsträger kamen aus einer Gemeinschaft, die für sie politische Heimat war. Oft war es auch mehr als das. Denn ein starkes Gefühl der Solidarität, der persönlichen Freundschaft und eine emotionale Bindung an die Ziele der Bewegung schweißte sie zusammen. Ein leider auch mißbrauchtes Lied der damaligen Zeit hieß:

"Hebt unsere Fahnen in den Wind, sie leuchten hell wie Sonnenschein und künden, daß wir gläubig sind: der Mensch ist gut." Daß der Mensch auch zur Bestie werden kann, mußten sie unter schweren Opfern im Laufe der nächsten Jahre erfahren. Meist ohne Vorbereitung gingen sie in die Illegalität und entsprechend groß waren die Verluste. Sie waren auf eine konspirative Arbeit nicht vorbereitet. Auch die Ziele des illegalen Kampfes waren zunächst unklar. Wenn es nicht möglich war, Hitler legal oder durch einen revolutionären Umschwung zu stürzen, wie wollte man es dann aus der Illegalität heraus tun? Man suchte nach Methoden, die sich im Laufe der Zeit wandelten.

Je kleiner die Gruppen, desto eher gelang es Verbindung untereinander aufrechtzuerhalten. Jeweils nur eine der sogenannten "Fünfer Gruppen" hatte Verbindung zu einer anderen. In den ersten zwei, drei Jahren versuchte diese Gruppe den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten mit Losungen, die man an Wände malte oder durch Flugblätter, in denen sonst nicht zugängliche Informationen verbreitet wurden, Mut zu machen.

Der Zugang zu Informationen war besonders wichtig, da eine gleichgeschaltete Presse alles negative über das Hitler-Regime unterdrückte.

Auch im Ausland wurde oft ein völlig falsches Bild vermittelt. Schon wegen der wahrheitsgetreuen Aufklärung über die NS-Diktatur kam dem politischen Exil eine große Bedeutung im Rahmen des Widerstands zu. Das mußte freilich organisiert werden. Kurierbrachten Informationen über die politische, soziale, wirtschaftliche und militärische Lage des Nazi-Alltags und die Stimmung der Bevölkerung an die Grenzstationen, die dem Parteivorstand weitergeleitet wurden. Daß diese Arbeit nicht ungefährlich war, versteht sich. Umgekehrt wurden Informationen aus dem Ausland, die im Dritten Reich nicht veröffentlicht wurden, den Kurieren mitgeteilt und ihnen entsprechendes Material mitgegeben. Bekannt sind die auf Dünndruck gedruckten grundsätzlichen Artikel, Stellungnahmen der Exilparteien und Gruppen, die dann bei den illegalen Leitungen weiter an die Untergliederungen verteilt oder nochmals kopiert wurden.

Der Versuch, im Ausland auf die Unterdrückungsmaßnahmen der Nazis hinzuweisen, paßte meist nicht in das Konzept von Regierungen und Presse. Bis zum Ausbruch des Krieges waren es ja vornehmlich Deutsche, die in den Lagern und Haftanstalten litten. Selbst an die offenkundigen Kriegsvorbereitungen wollte man nicht richtig glauben. Bis es zu spät war.

Es mag heute unverständlich erscheinen, daß das westliche Ausland Hitlers Pläne nicht durchschaute, sondern die Reichsregierung noch hoffierte.

Veranstaltungen wie das Londoner Flottenabkommen und besonders die Olympiade 1936 seien hier nur als Beispiele erwähnt. Sie wirkten als die Entmutigung derer, die sich unter Todesgefahr im Reich gegen das Regime stellten.

Trotz des offensichtlichen Terrors gegen die Anti-Nazis, insbesondere gegen die Angehörigen der Arbeiterbewegung, trotz der offen zur Schau getragenen rassistischen Unterdrückung von sogenannten "geborenen Feinden" wie der Juden, der Zigeuner, der Homosexuellen und anderer, die als "unwertes Leben" zur Liquidierung bestimmt waren, kam es zum Hitler-Stalin-Pakt.

Er war der schlimmste Schlag gegen den Widerstand.

Für eine Zeitlang mußte er jede, nicht nur kommunistische illegale Tätigkeit lähmen.

Schon zuvor war klar geworden, daß das Verteilen von Flugblättern oder das Einschleusen von anderen Materialien aus dem Ausland nicht den erwarteten Nutzen brachte, und das Risiko zu hoch war.

Das Nazi-Regime inzwischen gefestigt, stark, selbstherrlich und brutal gegen seine Gegner, konnte nicht von Innen heraus gestürzt werden.

Viele Widerstandsgruppen beschlossen daher, sich darauf zu beschränken, den Kontakt unter Gleichgesinnten zu halten und auf sichtbare Aktionen zu verzichten. Daß der 20. Juli 1944 eine Ausnahme bildet, rechtfertigt nicht die langjährige Mißachtung des früheren Widerstands, dessen Motive ausschließlich moralischer und politischer Natur waren.

Der Krieg schuf eine neue Situation und mußte Sozialisten im In- und Ausland erkennen lassen, daß letztendlich lediglich die militärische Niederlage des Dritten Reichs die Basis für eine neue Demokratie in Deutschland schaffen konnte. Der Widerstand hat dies nicht vermocht.

Die Geschichte ist über uns hinweggegangen in eine bedrückende Normalität der Verdrängung. Doch es gibt keinen Tag ohne Vergangenheit und zur Vergangenheit gehören die Millionen von Toten. Tote, die allein wegen ihrer politischen Haltung oder ihrer religiösen oder sogenannten rassistischen Herkunft zu Tode gequält oder auf andere Art und Weise ermordet wurden.

Die tägliche Angst vor physischer Gewalt, vor Prügel, Demütigungen oder Folterungen wird kaum jemand vergessen, der es je erlebt hat. Oft sind Jahrzehnte vergangen, bevor die Wirkung dieser traumatischen Erlebnisse auf grausame Weise in Erscheinung traten.

Täter und Opfer waren nicht nur Deutsche. Nachdem fast ganz Europa von den deutschen Armeen besetzt war, wurden viele als Zwangsarbeiter, als angebliche oder wirkliche Feinde der deutschen Besetzer willkürlich in Arbeits- oder Konzentrationslager gesteckt. Dort fristeten sie auf unbestimmte Zeit ihr Dasein. Man wollte ihre Kraft und ihre Würde brechen. Auch sie, Menschen aus den besetzten Gebieten, werden das ihnen zugefügte Leid nie vergessen.

Aber ebenso wenig darf man vergessen, daß es Hitler und seine Gefolgsleute waren, die diesen Krieg bewußt vorbereitet haben. Angesichts des wachsenden Nationalismus ist es notwendig, Ursachen und Wirkung des Krieges und seiner Folgeerscheinungen denen zu erklären, die wieder lauthals schreien: "Deutschland, Deutschland über alles in der Welt." Damit schüren sie eine Mentalität, die nicht nur bei uns berechnete neue Ängste erzeugt.

Das Vorrücken der alliierten Armeen aus allen Richtungen führte 1945 zur Befreiung der Häftlinge aus den Vernichtungs-, Arbeits- und Konzentrationslagern, den Zuchthusern und Gefängnissen. Manche von uns glaubten damals, daß in Zukunft das Ziel heißen müsse: Demokratie nur für Demokraten.

Wir wollten verhindern, daß - wie in der Weimarer Republik - demokratische Rechte benutzt werden, um die Demokratie auszuhöhlen. Auch heute dürfen wir nicht übersehen, wo die Grenze ist und Möglichkeiten der Unterwanderung unserer demokratischen Einrichtungen durch die Feinde der Demokratie gegeben sind. Daher wird es eine ständige Aufgabe bleiben, uns mit den Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und wachsam zu sein.

Die Überlebenden aus den Lagern und Haftanstalten waren körperlich und seelisch meist nicht in der Lage, über das Erlebte zu reden. Aber sie trafen nur wenige, die davon hören wollten. Es gab genügend Gründe dafür, sich anderen Aufgaben zu widmen. Eine neue Demokratie mußte aufgebaut werden. Und es waren die von den Nazis verfolgten Kämpfer für Freiheit und Recht, ehemalige Mitglieder der Arbeiterbewegung, die in vielen Bereichen an führender Stelle, die Initiative ergriffen.

Rückblickend auf die Zeit der Verfolgung und des Widerstandes gegen die Nazi-Diktatur sei festgestellt:

Niemand konnte dem Einzelnen die Entscheidung abnehmen, ob er bereit war, das Risiko einzugehen, welches ihm Freiheit und Leben kosten konnte. Der Preis war hoch und erforderte eine moralische Haltung, die höchste Achtung und Beachtung verdient.

Angehörige kleinerer sozialistischer Gruppen hatten einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Widerstandsarbeit. Sie waren auch teilweise besser darauf vorbereitet. Fast alle haben sich nach 1945 in der Sozialdemokratischen Partei wiedergefunden. Daher nennen wir uns heute 'Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten'. Anlässe wie die heutige Veranstaltung und die stolze Geschichte der SPD verlangen es, sich auch in der Zukunft mit unserer Vergangenheit zu beschäftigen. Die Formen der Erinnerung werden sich freilich wandeln müssen, doch es darf nicht genügen, die Vergangenheit nur durch ein Gedenken zu ehren und dann verschwinden zu lassen.

Alle, und auch die SPD, wird man daran messen müssen, was sie tun, um ein größeres Maß von Geschichtsbewußtsein in der Partei und in der Öffentlichkeit zu wecken und wie sie mit der Schicksalsgemeinschaft der Überlebenden des Nazi-Regimes umgehen.

Bald wird es keine Zeitzeugen mehr geben, die aus eigenem Erleben berichten können, was Diktaturen aus Menschen machen können. Übrig bleiben werden dann nur noch vergilbte Dokumente, unbeachtete Mahnmale und viele viele Grabsteine. Die Aufgabe der Jüngeren wird sein, diese Steine zum Reden zu bringen.

(-/23. März 1994/hgs/ks)

EP Garant für Stabilität der Forschungsförderung
Erster Testfall für neues Mitentscheidungsverfahren

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP
Forschungspolitischer Sprecher der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament

Die Europäische Union wird von 1994 bis 1999 12,3 Milliarden ECU (circa 24 Milliarden D-Mark) für die gemeinsame Forschungspolitik ausgeben. Darauf einigten sich vergangene Nacht die Verhandlungsführer von Ministerrat und Europaparlament nach mehrstündigen

Verhandlungen im Vermittlungsausschuß. Damit ist die größte Hürde für das vierte EG-Forschungsrahmenprogramm genommen, die Stabilität der Forschungsausgaben bleibt gewahrt. Falls notwendig kann 1996 zudem eine Aufstockung von 0,7 Milliarden ECU vorgenommen werden. Die Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern der zwölf Mitgliedstaaten und der Delegation der Europaabgeordneten gelten als der erste Test für das im Maastrichter Vertrag festgelegte neue Mitentscheidungsverfahren, das dem Parlament in vielen Bereichen gleiche Rechte wie dem Rat einräumt.

Mit dem erzielten Ergebnis ist der befürchtete Kahlschlag in der europäischen Forschung verhindert worden. Entgegen der Beschlüsse des Europäischen Gipfels von Edingburgh Ende 1992 hatten einige Mitgliedstaaten, darunter die Bundesrepublik, mit aller Kraft versucht, den Anteil der Forschungsanstrengungen am Gesamthaushalt der EU erheblich zu senken. Der Kompromiß sieht vor, von 1994 bis 1996 5,472, in den folgenden Jahren 1997 bis 1998 5,574 Milliarden ECU auszugeben, was die Stetigkeit der europäischen Fördermittel garantiert.

Parlament und Kommission (der Rat wird beiden folgen) haben außerdem vereinbart, daß die Mittel für die erneuerbaren Energien kräftig angehoben werden. Damit wird einer langjährigen Forderung vor allem der Sozialdemokraten nachgekommen. Die vom Parlament gegenüber den Forschungsministern durchgesetzte Mittelserhöhung erlaubt außerdem eine Ausweitung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Drittländern. Dazu gehört auch ein anspruchsvolles Programm zur Bewältigung der ökologischen Schäden, die Nuklearunfälle in der früheren Sowjetunion hinterlassen haben. Schließlich stehen für Mikroelektronik, Telematik und Telekommunikation zusätzliche 150 Millionen ECU zur Verfügung. Davon können insbesondere die transeuropäischen Netze - in den USA "Super-Highways" genannt - profitieren.

Schwierig waren die Verhandlungen vor allem bei der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der EU. Der nun erreichte Kompromiß - 900 Millionen EU Grundfinanzierung - ist allerdings vernünftig, wobei sich die GFS in Zukunft jedoch stärker am Markt Drittmittel besorgen muß. Allerdings ist die Stellung der GFS als von nationalen Instanzen unabhängige zentrale Schiedsstelle in Fragen der industriellen Sicherheit und der Umwelt bestätigt worden. Keine Einigung konnte in der Frage der sogenannten Komitologie, erzielt werden. Dahinter verbirgt sich ein Streit über den Einfluß der Mitgliedsstaaten auf die Mittelvergabe. Das Parlament ist der Meinung, daß gemäß Maastrichter Vertrag der Rat nicht allein über die Verteilung der Forschungsmittel entscheiden darf und strebt eine gemeinsam ausgehandelte "interinstitutionelle Vereinbarung" an.

Das Europäische Parlament wird auf seiner Plenarsitzung im April den ausgehandelten Kompromiß billigen. Erst dann ist das Vierte Forschungsrahmenprogramm formal rechtsens. Damit die Europäische Kommission Programme ausschreiben kann, müssen noch die sogenannten "Spezifischen Programme" - zwanzig an der Zahl - behandelt werden. Dafür bedarf es zweier Lesungen im Parlament. Das Verfahren gründet auf Artikel 189c ("Konsultationsverfahren") des Vertrags über die politische Union Europas. Aller Erfahrung nach kann man davon ausgehen, daß es noch erheblicher Feinarbeit bedarf, um eine für das Parlament akzeptable Verteilung der Mittel auf die Unterprogramme zu finden. Ich gehe davon aus, daß sich damit im Herbst 1994 noch das neugewählte Parlament beschäftigen wird.

(-/23. März 1994/hgs/ks)
